

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Einleitung und Tatbestand.....	11
I.	Gang der Untersuchung	11
II.	Tatbestand.....	13
1.	Definition des Kontrollwechsels	13
2.	Weitere Voraussetzungen für das Entstehen der Leistungspflicht und Inhalt der jeweiligen Leistung.....	15
a)	Das Ausscheiden des Vorstandsmitgliedes unter unüblichen Bedingungen als weitere Voraussetzung.....	15
b)	Das Verbleiben des Vorstandsmitgliedes als weitere Voraussetzung	17
c)	Der Kontrollwechsel als alleinige Voraussetzung	17
III.	Fallbeispiele	18
§ 2	Rechtliche Zulässigkeit von Vergütungszusagen in Änderungsklauseln	19
I.	Änderungsklauseln als Teil der Bezüge des § 87 I AktG	19
1.	Keine ausdrückliche Erwähnung von Änderungsklauseln in § 87 I AktG.....	19
2.	Abgrenzung zu den in § 87 I S. 1 und S. 4 AktG genannten Vergütungsformen.....	20
a)	„Gehalt“ im Sinne des § 87 I S. 1 AktG	20
b)	Erfolgsabhängige variable Vergütungskomponenten im Sinne des § 87 I S. 1 AktG	21
c)	„Nebenleistungen jeder Art“ im Sinne des § 87 I S. 1 AktG	22
d)	„Ruhegehälter“ und „Leistungen verwandter Art“ im Sinne des § 87 I S. 4 AktG	23
e)	Anreizorientierte Vergütungszusage im Sinne des § 87 I S. 2 AktG	24
3.	Änderungsklauseln als nicht ausdrücklich erwähnter Teil der Bezüge des § 87 I AktG	25
a)	Reichweite des Anwendungsbereichs des § 87 I AktG	25

b)	Änderungsklauseln als Aufwendungsersatz für vertraglich nicht geschuldete Leistungen.....	27
c)	Ausgleich für das unübliche Ausscheiden des Vorstandsmitgliedes bzw. für dessen berufliche Verschlechterung infolge des Kontrollwechsels.....	28
aa)	Leistung unter der zusätzlichen Bedingung des unüblichen Ausscheidens des Vorstandsmitgliedes.....	28
bb)	Leistung unter der Bedingung des Verbleibens des Vorstandsmitgliedes.....	32
II.	Ermittlung äußerer Zulässigkeitsgrenzen aus § 87 I AktG für Vergütungszusagen in Änderungsklauseln im Fall der anfänglichen Vereinbarung.....	34
1.	Die Aufgaben und Leistungen des Vorstandsmitgliedes als Zulässigkeitsgrenze des § 87 I AktG.....	35
2.	Das funktionale Kriterium als äußere Zulässigkeitsgrenze des § 87 I AktG	37
a)	Die Vergütungsvereinbarung als unternehmerische Entscheidung des Aufsichtsrats	37
b)	§ 87 I AktG als das Unternehmensinteresse konkretisierende Vorschrift	37
3.	Unzulässigkeit wegen nachträglicher Veränderung des ursprünglich angemessenen Verhältnisses zwischen Leistung und Gegenleistung.....	40
4.	Auswirkungen der Rechtsprechung des BGH zum Fall „Mannesmann“ auf anfänglich vereinbarte Änderungsklauseln	41
III.	Rechtliche Unterschiede im Falle der nachträglichen Vereinbarung	42
1.	Zulässigkeitsmaßstab für nachträglich vereinbarte Vergütungszusagen	42
a)	Prospektive Ausrichtung des § 87 I AktG	42
b)	Allgemeines Verbot der Verschwendug des Gesellschaftsvermögens.....	44
2.	Bedeutung des § 87 I AktG für die Zulässigkeit dem Grunde nach von nachträglich vereinbarten Änderungsklauseln	48
a)	Ausgleich für das unübliche Ausscheiden des Vorstandsmitgliedes infolge des Kontrollwechsels	49
aa)	Leistung im Fall des unüblichen Ausscheiden des Vorstandsmitgliedes auf Veranlassung der Gesellschaft.....	50

(1) Abgeltung der restlichen vertraglichen Bezüge im Fall des vorzeitigen Ausscheidens	50
(2) Anforderungen an die Berechnung und Abgeltung der restlichen vertraglichen Bezüge	51
(3) Anrechnung anderweitiger Einkünfte und Vornahme einer Abzinsung.....	52
(4) Zahlung über die Abgeltung der vertraglichen Bezüge hinaus als Teil des Ausgleichs für das unübliche Ausscheiden des Vorstandsmitgliedes.....	53
(5) Berücksichtigung von außergewöhnlichen Leistungen des Vorstandsmitgliedes im Rahmen der Ausgleichszahlung.....	55
bb) Leistung im Fall des unüblichen Ausscheidens des Vorstandsmitgliedes auf eigene Veranlassung.....	57
b) Bindung an das Unternehmensinteresse während der Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit einem Kontrollwechsel.....	58
aa) Vereinbarung zum Zeitpunkt eines noch nicht absehbaren Kontrollwechsels.....	58
bb) Vereinbarung unmittelbar vor Eintritt eines Kontrollwechsels	61
c) Mögliche Sonderfälle als sachlicher Grund für die nachträgliche Vereinbarung.....	62
aa) Förderung der gedeihlichen Zusammenarbeit der Vorstandsmitglieder untereinander.....	62
bb) Bonuszahlung für erfolgreiche Herbeiführung einer Übernahme.....	63
cc) Abschreckende Wirkung auf feindliche Übernahmen	64
IV. Die Ermittlung der angemessenen Höhe von Vergütungszusagen in Änderungsklauseln anhand der Kriterien in § 87 I AktG	65
1. Die Aufgaben und Leistungen des Vorstandsmitgliedes und die Lage der Gesellschaft als Angemessenheitskriterien.....	66
2. Die Marktüblichkeit als Angemessenheitskriterium	68
a) Bestimmung des Vergleichsumfeldes.....	68
b) Einbeziehung internationaler Vergütungsgepflogenheiten	70
c) Kritik am Kriterium der Marktüblichkeit	72

3. Die Funktion eines Vergütungsbestandteils als Angemessenheitskriterium	75
V. Die Entschließungsfreiheit des Aufsichtsrats gemäß § 84 I, III AktG als Zulässigkeitsschranke für Änderungsklauseln	76
1. Anwendbarkeit auf Änderungsklauseln	76
2. Feststellung der unzulässigen Einschränkung der Entschließungsfreiheit des Aufsichtsrats	78
VI. Übernahmerechtliche Schranken	80
1. Übernahmerechtliche Schranken des § 33 WpÜG	80
a) Sachliche und zeitliche Anwendbarkeit des § 33 I WpÜG	80
b) Inhaltliche Vorgaben des § 33 I WpÜG in Bezug auf Änderungsklauseln	81
aa) Generelles Verbot von die Übernahmekosten erhöhenden Maßnahmen	82
bb) Übernahmerechtliche Zulässigkeit wegen Zustimmung des Aufsichtsrats gemäß § 33 I S. 2 Alt. 3 WpÜG	83
cc) Übernahmerechtliche Zulässigkeit bei Eingreifen des Ausnahmetatbestands des § 33 I S. 2 Alt. 1 WpÜG	84
dd) Einschränkende Auslegung des § 33 I S. 1 WpÜG	86
2. Übernahmerechtliche Schranken außerhalb des Anwendungsbereichs des § 33 I WpÜG	87
VII. Grenzen des § 138 BGB	89
§ 3 Zivilrechtliche Rechtsfolgen im Fall der Vereinbarung unangemessener Vergütungszusagen in Änderungsklauseln	91
I. Schadensersatzpflicht des Aufsichtsrats gemäß §§ 116, 93 AktG	91
II. § 87 I AktG als Verbotsgesetz	91
III. Schadensersatzpflicht des Vorstandsmitgliedes	93
IV. Bereicherungsrechtlicher Rückgewähranspruch der Gesellschaft gegen das Vorstandsmitglied	95
§ 4 Neuregelungen durch das VorstAG und Maßnahmen de lege ferenda zur Sicherstellung der Angemessenheit der Vorstandsbezüge	99
I. Unzureichende Sicherstellung angemessener Vorstandsbezüge ausschließlich durch § 87 AktG	99
II. Verschärfte Haftungsregelungen für Vorstandsmitglieder	101
III. Neuregelung der Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats	102
1. Zuständigkeit des Aufsichtsratsplenums für die Festsetzung der Vorstandsbezüge	102

2. Vermeidung von Interessenkonflikten bei einzelnen Aufsichtsratsmitgliedern	103
3. Präzisierung der Haftung von Aufsichtsratsmitgliedern.....	103
IV. Entlastung und Votum zum Vergütungssystem durch die Hauptversammlung.....	104
V. Strengere Offenlegungspflichten bezüglich der Vorstands- bezüge.....	105
1. Strengere Offenlegungspflicht durch VorstOG und VorstAG ...	105
2. Ergänzende Maßnahmen de lege ferenda.....	106
a) Standardisierung der offengelegten Informationen	106
b) Abschaffung der Ausnahmeregelung des § 286 V HGB	107
VI. Begrenzung der Vorstandsvergütung durch gesetzliche Ober- grenzen oder Satzungsbestimmungen als Maßnahmen de lege ferenda	108
1. Gesetzliche Festlegung von absoluten Obergrenzen für Vorstandsbezüge.....	108
a) Absolute Obergrenzen für die Vereinbarung von Vorstandsbezügen insgesamt.....	108
b) Festlegung absoluter Obergrenzen für Zahlungen im Fall des vorzeitigen Ausscheidens infolge eines Kontrollwechsels	109
2. Begrenzung der Vorstandsbezüge durch Satzungs- bestimmungen	111
3. Vorzugswürdigkeit von Maßnahmen zur Sicherstellung eines funktionierenden Markts	114
§ 5 Zusammenfassung der Ergebnisse	115
Literaturverzeichnis	123